

Dimitrij Owetschkin

Von Parteien in Europa zu europäischen Parteien

Bericht über die Tagung: „Europäische Parteien als Integrationsmotoren? Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation und europäischer Parteien“, Bochum, 9.–10. November 2005

Der europäische Integrationsprozess trat mit dem Beitritt von zehn Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas zur Europäischen Union im Jahre 2004 und der Ausarbeitung des Europäischen Verfassungsvertrags in eine qualitativ neue Phase. Angesichts der beträchtlichen Herausforderungen, vor denen die Gemeinschaft steht, wird nach Wegen gesucht, die Strukturen der EU effizienter, transparenter und vor allem demokratischer zu gestalten. Die politischen Parteien spielen dabei eine zunehmend wichtigere Rolle, werden ihnen doch wichtige Funktionen zugewiesen, die in Bezug auf die Bürger eine breitere Partizipation sowie eine Kontrolle politischer Entscheidungen und Entscheidungsträger ermöglichen sollen. Allerdings erfüllen sie diese Funktionen derzeit vorwiegend auf nationaler und nicht auf europäischer Ebene. Zudem wird in der öffentlichen Wahrnehmung die europäische Politik in erster Linie mit den Brüsseler Behörden, den Treffen von Staats- und Regierungschefs und weniger mit dem Straßburger Parlament und seinen Fraktionen verbunden, was dem bisherigen Gewicht dieser Institutionen im europäischen Politikbetrieb entspricht. Auch die wissenschaftliche Forschung hat die Zusammenarbeit nationaler Parteien auf europäischer Ebene und die transnationalen Parteienzusammenschlüsse noch nicht hinreichend erfasst.

Diese Problemfelder stärker ins Blickfeld zu rücken, sie interdisziplinär und im Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren, stellte sich die wissenschaftliche Tagung „Europäische Parteien als Integrationsmotoren? Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation und europäischer Parteien“ am 9. und 10. November 2005 in Bochum zur Aufgabe. Die Tagung wurde vom Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum mit Unterstützung des Kulturwissenschaftlichen Instituts NRW (Essen) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europäischer Kulturdialog“ organisiert und führte renommierte und jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorwiegend aus Deutschland – aber auch aus dem europäischen Ausland – sowie Politiker zusammen. Im Mittelpunkt stand dabei die Rolle von Parteien in Europa im Hinblick auf ihre Legitimitätsfunktion und ihr Demokratiepotezial im europäischen Einigungsprozess. Die transnationale Kooperation der Parteien in Europa wurde in drei Strängen analysiert. In diachroner Perspektive ging es um die historische Entwicklung der Parteienzusammenarbeit und deren strukturelle und programmatische Muster. Die synchrone Betrachtung der einzelnen Parteienfamilien richtete sich u. a. auf die Analyse von Formen, Abstufungen und Präferenzen der Kooperation der Parteien unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung im Vergleich. In einem dritten Untersuchungsstrang wurden verschiedene Ebenen und Arenen der europäischen Zusammenarbeit der Parteien in Beziehung zueinander gestellt.

Wie der Bochumer Historiker und Politikwissenschaftler Jürgen Mittag vom Institut für soziale Bewegungen in seinem einführenden Impulsreferat „Grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in der Europäischen Union: demokratische Chance oder trügerische Chimäre?“ betonte, hatten Parteienforschung und Integrationsforschung in Europa bislang nur geringe Schnittmengen. Es gilt daher, diesen Mangel zu überwinden, im Dialog zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft etablierte Konzepte mit neueren Forschungen zu konfrontieren und Thesen bzw. Hypothesen der Wissenschaft einem „Praxistest“ zu unterziehen. Als eines der zentralen Probleme des politischen Systems der Europäischen Union erscheint das Demokratiedefizit. Es wird zum einen mit der institutionellen Schwäche des Europäischen Parlaments, zum anderen mit dem Fehlen eines europäischen Willensbildungsprozesses, einer europäischen Identität und Öffentlichkeit und schließlich mit der Diskrepanz der Wahrnehmungen und Prioritäten des Einigungsprozesses zwischen Eliten und Bevölkerung erklärt. Vor diesem Hintergrund bekommt die Parteienkooperation in Europa eine besondere Relevanz. Der Grad der transnationalen Parteieninteraktion lässt sich in Anlehnung an das Stufenmodell von Oskar Niedermayer erfassen, das zwischen der Kontakt-, der Kooperations- und der Integrationsstufe unterscheidet. Dieses Konzept wurde in den verschiedenen Sektionen der Tagung immer wieder aufgegriffen, um Erscheinungsformen, Spezifika und Tendenzen der Interaktionsprozesse, u. a. in ihrer historischen Entwicklung, aufzuzeigen.

Ein weiteres Impulsreferat, „Integrationsschübe durch Politisierung? Die Rolle der transnationalen Parteienzusammenarbeit aus politischer Perspektive“, hielt der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer, der in den 1990er Jahren dem Europäischen Parlament angehört hatte. Seine Bestandsaufnahme machte nochmals deutlich, dass europäische Parteien in erster Linie Parteienbünde und keine Parteien im eigentlichen Sinne darstellen; die Integrationsstufe haben sie nicht erreicht. Sie existieren vor allem im Europäischen Parlament, als Fraktionen. Ihr entscheidender Bezugspunkt ist nach wie vor der nationale Staat. Auf dem Weg zur Integration gibt es viele Hindernisse, und nicht allein institutionelle. Beispielsweise hat sich das Bewusstsein einer europäischen Identität in den Parteien seit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament kaum gestärkt.

Transnationale Parteienzusammenarbeit in Europa bis 1945

Die in den Impulsreferaten angedeuteten Fragen und Probleme bildeten den Hintergrund auch für Beiträge und Diskussionen in den thematischen Sektionen der Tagung sowie bei der öffentlichen Abendveranstaltung. Die erste Sektion beschäftigte sich mit der transnationalen Parteienzusammenarbeit in Europa bis 1945 und wurde von Helga Grebing, emeritierter Professorin an der Ruhr-Universität Bochum und ehemaliger Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung, moderiert. Die Referate der Sektion waren unterschiedlich strukturiert und setzten unterschiedliche Schwerpunkte – von der Verdeutlichung der Parteienkooperation in Europa zwischen den Kriegen am Beispiel zweier großer Parteien bis zu Europavorstellungen einzelner nationaler Parteien bzw. Gruppierungen aus mehreren Ländern im Exil. Stefan Berger, Professor für neuere deutsche und

vergleichende europäische Geschichte an der Universität Manchester, betrachtete die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit. Er hob die zwiespältige Stellung der Sozialdemokratie zwischen Transnationalismus und Nationalstaat hervor, die bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erkennbar wurde. Die Wiederbelebung der Internationale nach dem Krieg, die u. a. auf eine britische Initiative zurückging, förderte die Transnationalität der Sozialdemokratie in Europa trotz ideologischer Differenzen zwischen einzelnen nationalen Parteien. Welche Formen die transnationale Kooperation der Parteien annahm, zeigte Berger exemplarisch an den bilateralen Beziehungen der SPD und der Labour Party, die etwa gemeinsame Tagungen und Sommerschulen, Reisen und Besuche, Journalistenaustausch sowie Hilfs- und Unterstützungsaktionen umfassten.

Transnationale Kontakte katholischer Parteien wurden im Unterschied zur Sozialdemokratie erst 1925 mit der Gründung des *Secrétariat International des Partis d'Inspiration Chrétienne* (SIPDIC) formalisiert. Diese Kontakte standen im Mittelpunkt des Beitrags von Wolfram Kaiser, der eine Professur für Europäische Studien an der Universität Portsmouth innehat. Kaiser machte deutlich, dass der Institutionalisierungs- und Integrationsgrad der Zusammenarbeit katholischer Parteien in der Zwischenkriegszeit gering war. Als Trägergruppen der Kooperation dominierten Arbeitnehmerflügel der Parteien sowie administrative und journalistische Funktionselemente. Auf den SIPDIC-Tagungen wurden u. a. Fragen des Korporatismus, der Familienpolitik und der wirtschaftlichen Kooperation diskutiert. Die europäische Integration spielte dabei allerdings keine wesentliche Rolle. Im Ganzen erwies sich die von den Linkskatholiken geprägte Kooperation katholischer Parteien im Rahmen des SIPDIC in programmatischer und personeller Hinsicht als unterentwickelt und heterogen.

Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland 1933 haben sich die Rahmenbedingungen der Parteienkooperation in Europa gravierend verändert. Es entstanden unterschiedlich starke politische Gruppierungen im Exil verschiedener Länder, was eine Zusammenarbeit, insbesondere seit dem Kriegsbeginn, erschwerte. Unter den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Internationale dominierten nationale Interessen. Das führte dazu, dass keine gemeinsamen Strategien, auch für die Zeit nach dem Krieg, entwickelt wurden. Welche Europakonzeptionen sich im deutschen sozialdemokratischen Exil herausgebildet haben, untersuchte in seinem Referat der an der Universität zu Köln lehrende Historiker Rainer Behring. Für ein vereinigtes, demokratisches, westlich orientiertes Europa traten vor allem Politiker aus dem Umkreis des SPD-Vorstandes ein. In einer solchen Gemeinschaft kam in erster Linie den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit identitätsstiftende Bedeutung zu. Hingegen forderten die Linksozialisten eine sozialistische Föderation mit partnerschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Während des Krieges etablierte sich schließlich die Konzeption des „dritten Weges“, die ein sozialistisches, jedoch zugleich demokratisches und freiheitliches Europa ohne einseitige West- bzw. Ostorientierung implizierte. Alle drei Modelle in ihrer reinen Form waren nicht realisierbar, denn sie setzten ein ungeteiltes und selbstbestimmtes Europa nach dem Kriegsende voraus.

Für die Zusammenarbeit der katholischen und christdemokratischen Gruppierungen im Exil war die Zäsur von 1933 nicht zentral. Wie Guido Müller, Gastdozent am Deutschen

Historischen Institut London, zeigte, gingen verglichen mit den Sozialisten nur wenige christliche Politiker ins Exil. Sie waren dort oft isoliert und suchten Kontakt eher zu eigenen Landsleuten – unabhängig von der politischen Orientierung – als zu katholischen Vertretern anderer Länder. Diese Situation spiegelte sich auch in der 1941 gegründeten „International Christian Democratic Union“ wider, die auf Individuen und weniger auf Kooperation zwischen Parteien orientiert war. Unter den führenden Persönlichkeiten des Exils kam dem italienischen Christdemokraten Luigi Sturzo, der zunächst für regionale europäische Föderationen und gegen Ende des Krieges für eine gesamteuropäische Föderation im Gegensatz zu Einflusszonen der Großmächte eintrat, eine herausragende Bedeutung zu. Auch die Mehrheit der katholischen Exilpolitiker befürwortete zu dieser Zeit eine Föderation europäischer Völker.

Bei den Beiträgen und Diskussionen der Sektion stellte sich immer wieder die Frage nach der Kontinuität der sozialdemokratischen bzw. christdemokratischen Parteienzusammenarbeit und Europavorstellungen bis in die Zeit nach 1945. Für die Christdemokratie war eine solche Kontinuität gering. Die Sozialdemokraten konnten an ihre Erfahrungen zwischen den Kriegen und im Exil zwar auch nicht unmittelbar anknüpfen, aber etliche Ideen und Konzepte fanden durchaus Eingang in die sozialdemokratischen Positionen der Nachkriegszeit, die eine Grundlage für das Programm des demokratischen Sozialismus bildeten.

Katalysatoren transnationaler Parteienzusammenarbeit im 20. Jahrhundert

Die zweite Sektion der Tagung, moderiert von Ulrich Widmaier, Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, war den Katalysatoren der transnationalen Parteienzusammenarbeit gewidmet. Sie wurde von der Fragestellung geleitet, ob und in welchem Maße Institutionen, institutionelle Wechselwirkungen oder vertragsrechtliche Rahmen die Kooperation zwischen Parteien und den Integrationsprozess (be)fördern können. Torsten Oppeland vom Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit der Rolle der Fraktionen des Europäischen Parlaments. Die Fraktionen haben auf europäischer Ebene einen Vorsprung gegenüber den Parteien und können durchaus als Katalysatoren wirken. Sie erfüllen dabei Institutionalisierungs-, Organisations- und Netzwerk- sowie Pionierfunktionen, tragen zur Anbahnung und Verfestigung der Kooperation zwischen den Parteien, auch außerhalb der jeweiligen Fraktionen und Parteienzusammenschlüsse bei, erreichen die Medienöffentlichkeit allerdings in der Regel wenig. Zugleich kann sich das Rollenverständnis von individuellen Mitgliedern der Fraktionen vor dem Hintergrund deren institutionellen Vorsprungs auch retardierend auswirken. Die Entwicklung der Fraktionen und Parteien in Richtung einer weiteren Parlamentarisierung der europäischen Ebene hängt entscheidend vom Europäischen Verfassungsvertrag ab.

Auf die Bedeutung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament ging in seinem Beitrag Gerhard Brunn, emeritierter Professor für Europäische Regionalgeschichte an der Universität Siegen, ein. Auf dem Weg zu den Direktwahlen mussten seit den 1960er Jahren viele Hindernisse überwunden werden. Dazu gehörten etwa der französische Widerstand und die

Uneinigkeit über die Strategie unter den Befürwortern der Direktwahlen. Die erste Wahl zum Europäischen Parlament 1979 wurde als Testwahl für den europäischen Integrationsprozess gesehen. In der Praxis war auch sie von nationalen Themen bestimmt. Nichtsdestotrotz bekam die Parteienkooperation in Europa dadurch eine neue Dimension, denn die Parteien benötigten für die Wahlen eine entsprechende Infrastruktur. Mitte der 1970er Jahre etablierten sich europäische Parteienbündnisse, die jedoch politisch, programmatisch und strukturell sehr heterogen waren. Die Zusammenarbeit der Parteien ging dabei nicht über den embryonalen Zustand hinaus. Die reale Entwicklung im Kontext der Direktwahlen, so das Fazit von Brunn, blieb hinter den Hoffnungen und Erwartungen, im Hinblick sowohl auf praktisch-politische Vorstellungen wie auch auf theoretische Konzeptionen.

Dennoch bedeutete die Etablierung eines direkt gewählten Parlaments auf europäischer Ebene einen institutionellen Fortschritt. Es wurde zu einem immer wichtigeren, demokratisch legitimierten Organ, mit dem auch die Politik nationaler Volksvertretungen koordiniert werden musste. Das Verhältnis des Europäischen Parlaments zu den Parlamenten einzelner Mitgliedstaaten stand im Mittelpunkt des Referats von Maximilian Schröder vom Generalsekretariat des Europäischen Parlaments. Die Zusammenarbeit der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene durchlief mehrere Phasen. Zunächst war sie vom Doppelmandat geprägt, dann durch ein gewisses Konkurrenzverhältnis, verbunden mit den ersten Ansätzen einer interparlamentarischen Zusammenarbeit, und schließlich durch die Anerkennung von Fakten und eine tendenzielle parlamentarische Komplementarität. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Konferenz der Vorsitzenden der Europa-Ausschüsse. Schröder entwarf auch mögliche Entwicklungsszenarien für die Beziehungen zwischen den Parlamenten in Europa und in den Nationalstaaten – von einer „wohlwollenden Nichtbeachtung“ über eine „Koexistenz“ bis zu einer komplementären Partnerschaft. Das letzte Szenario zeichnet sich immer mehr ab und die Richtung der weiteren Entwicklung hängt nicht zuletzt mit der institutionellen Reform der EU zusammen.

Einfluss auf die transnationale Parteienkooperation können nicht nur Institutionen, sondern auch Organisationen ausüben. Darunter kommt parteinahen Stiftungen eine maßgebliche Bedeutung zu. Wie Cäcilie Schildberg von der Universität Dortmund am Beispiel Deutschlands zeigte, zeichnen sich die Stiftungen durch eine dreifache Ambivalenz aus: Sie sind rechtlich und organisatorisch unabhängig bei gleichzeitiger Nähe zu den Parteien, treten sowohl als Akteure wie auch als Instrumente der Außenpolitik auf. Im Hinblick auf die transnationale Parteienzusammenarbeit bilden sie mit den jeweiligen Parteien eine Kooperationsseinheit und sind zugleich Produkte und Katalysatoren dieser Zusammenarbeit. Die nationalen Stiftungen auf europäischer Ebene, etwa in Brüssel, können durchaus die Kooperation der Parteien und den europäischen Integrationsprozess fördern, indem sie u. a. zur Elitenvernetzung beitragen und eine Informationsfunktion erfüllen.

Eine wichtige Frage bei den Diskussionen dieser Sektion stellten die Erweiterungen der EU, insbesondere die Osterweiterung und ihr Einfluss auf die Parteienkooperation dar. Trotz der Schwierigkeiten, die mit den Besonderheiten von Parteien und Parteiensystem der neuen Mitgliedstaaten verbunden waren, wurden diese Parteien sowohl in das Europäische Parlament und seine Fraktionen als auch in die europäischen Parteienzusammenschlüsse im

Großen und Ganzen integriert. Auch die europäischen parteinahen Stiftungen – auf sozialdemokratischer Seite z. B. mit dem European Forum for Democracy and Solidarity – leisteten dazu einen wesentlichen Beitrag.

Mehr Demokratie durch europäische Parteien?

Um den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zu fördern, wurde der wissenschaftliche Teil der Tagung durch eine Podiumsdiskussion ergänzt, an der Vertreter der Parteien auf europäischer Ebene teilnahmen. Das Ausgangsproblem wurde von Wolfgang Wessels, Inhaber einer Jean-Monnet-Professur an der Universität zu Köln, verdeutlicht. Da die Beteiligung an Wahlen eine Grundfunktion von Parteien ist, die Kandidatenaufstellung auf europäischer Ebene aber durch nationale und nicht durch europäische Parteien erfolgt, stellen diese keine Parteien im eigentlichen Sinne dar. Aus den Beiträgen der Podiumsteilnehmer wurde deutlich, dass der Stand der Parteienintegration mit dem Stand der Integration der europäischen Institutionen korreliert. Rudolf Scharping, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas, hielt eine Übertragung der nationalstaatlichen Modelle auf die europäische Ebene für unmöglich und unnötig. Da es kein einheitliches Modell des demokratischen Prozesses in den Mitgliedstaaten gebe, könne es ein solches auch in Europa nicht geben. Auch Thomas Jansen, ehemaliger Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, sah angesichts der föderalen Struktur der EU die europäischen Parteien als dem gegenwärtigen Stand der europäischen Integration angemessen an. Juan Behrend, ehemaliger Generalsekretär der Europäischen Grünen im EP, hob die Rolle der europäischen Parteien bei der Förderung des europäischen Dialogs und ihren Beitrag zu einer europäischen Verfassung hervor. Problematisch bei der Überwindung der demokratischen Defizite auf der europäischen Ebene erwiesen sich in der Diskussion auch die Diskrepanz zwischen Erweiterung und Vertiefung der EU, das Spannungsverhältnis zwischen Parteien und Fraktionen im Europäischen Parlament sowie eine „Vormacht der Diplomatie“, die in den Beschlüssen von Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck kommt. Zu mehr Demokratie in Europa können nicht politische Parteien allein beitragen. Dazu sind auch eine aktive politische Beteiligung der Bürger, ein bürgerschaftliches Engagement sowie ein europäischer Diskurs über wichtige, die Union als Ganzes betreffende Themen unabdingbar.

Die transnationale Parteienzusammenarbeit bis zum Maastrichter Vertrag

Die dritte Sektion der Tagung, die von Stefan Berger moderiert wurde, konzentrierte sich auf die Entwicklung der Kooperation der Parteien in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Vordergrund standen dabei Stadien und Phasen der Zusammenarbeit, die sich herausbildenden Strukturen und ihr Einfluss auf die europäische Politik sowie Einstellungen einzelner nationaler Parteien zu dieser Politik. Das Kriegsende, die Teilung Europas, die Anfänge der europäischen Integration und der Kalte Krieg bedeuteten für die Parteienkooperation völlig neue Rahmenbedingungen. Die Parteien unterschiedlicher ideologischer und poli-

tischer Ausrichtung reagierten darauf mit der Bildung transnationaler Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Auf christdemokratischer Seite entstanden so 1947 der eher informelle Genfer Kreis und die *Nouvelles Equipes Internationales*. Saskia Matl vom Auswärtigen Amt zeigte, dass diese Organisationen zwar einen wichtigen Beitrag zur Reintegration Westdeutschlands leisteten, aber auf die Gestaltung des Einigungsprozesses in Europa nur bedingt Einfluss gewinnen konnten. Auch die 1965 gegründete Europäische Union Christlicher Demokraten war von strukturellen Schwächen geprägt. Die wachsende Bedeutung der europäischen Institutionen und die bevorstehende EP-Direktwahl führten 1976 zur Gründung der Europäischen Volkspartei, die sich seitdem organisatorisch und programmatisch immer stärker in Richtung Integration entwickelte.

Die europäischen Sozialdemokraten organisierten ihre Zusammenarbeit zunächst im Rahmen des „*Socialist Information and Liaison Office*“ und der Sozialistischen Internationale. Die Kooperation im 1957 ins Leben gerufenen „Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften“ stagnierte allerdings Mitte der 1960er Jahre und wurde wiederbelebt mit der Gründung des „Bundes der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ 1973, dem schließlich 1992 die Sozialdemokratische Partei Europas folgte. Welche Rolle die SPD in diesem Prozess gespielt hat und wie sich ihre Positionen gegenüber Europa entwickelt haben, beleuchtete Claudia Hiepel vom Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Duisburg-Essen. Ähnlich wie andere sozialdemokratisch orientierte Parteien bewegte sich die SPD in einem Spannungsfeld zwischen Internationalismus, Europa und Nationalstaat, wobei Europa einen geringen Stellenwert besaß. Die sozialdemokratische Europapolitik stand in der Kontinuität der deutschen Europapolitik, die vor allem auf die Verständigung mit Frankreich ausgerichtet war. Hiepel arbeitete heraus, dass die transnationale Kooperation der sozialdemokratischen Parteien auf europäischer Ebene durch national geprägte Einstellungen beeinträchtigt war und dass die Haltungen der Parteien zu Europa durch ihre Stellung im jeweiligen politischen System – z. B. als Regierung oder als Opposition – bedingt wurde.

Mit dem Aufkommen und der Ausbreitung von Umwelt- und Friedensbewegungen in Europa setzten in den 1970er Jahren auch Bemühungen von „grünen“ Gruppierungen und Parteien ein, ihre Aktivitäten und Programmatik auf europäischer Ebene zu koordinieren. Nach den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament wurde die Plattform of *Ecopolitical Action for a Peaceful Europe (P.E.A.C.E.)* gegründet. Anfang der 1980er Jahre entstanden die „Koordination der grünen und radikalen Parteien in Europa“ (KGRP) und die „*European Green Coordination*“. Wie Thomas Dietz vom Ausschuss der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (London) zeigte, gingen die grünen Parteien damit von der Kontaktstufe zur Kooperationsstufe über. Die Gründung der *European Federation of Green Parties* 1993 bedeutete einen weiteren Fortschritt im Interaktionsgrad. Allerdings wurden die Grünen in Europa nicht als eigenständiger politischer Akteur wahrgenommen und ihre Stellungnahmen und Erklärungen beruhten in der Regel nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner unter den nationalen Parteien.

Auch die liberale Bewegung in Europa war im Hinblick sowohl auf die Interessenkonsultation als auch auf die Trägerschaft heterogen. Guido Thiemeyer, der zurzeit die Professur

für Europäische Regionalgeschichte an der Universität Siegen vertritt, zeigte, dass die 1947 gegründete Liberale Internationale ein Ergebnis der politischen Strukturen im Nachkriegs-europa darstellte. Sie entstand in Abgrenzung nicht zu den Christ- und Sozialdemokraten, sondern zum Totalitarismus. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde 1952 der „Mouvement Libéral pour l'Europe Unie“ ins Leben gerufen. Diese Organisation, von der keine entscheidenden Impulse für die Parteienkooperation ausgingen, existierte in Konkurrenz mit der Liberalen Internationale mit einer Unterbrechung bis zur Gründung der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei (ELDR) 1976. Wegen der Schwäche institutioneller Strukturen und des Fehlens eines homogenen gesellschaftlich-politischen Milieus im Liberalismus auf europäischer Ebene ging die liberale Parteienzusammenarbeit nicht über die Stufe der Föderation hinaus. Die transnationale Kooperation der liberalen Parteien erwies sich nicht als Motor, sondern als Konsequenz der europäischen Integration.

Neben den demokratischen Parteien unternahmen auch die Rechtsextremen nach dem Krieg Bemühungen zur Koordination und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Janosch Steuer von der Ruhr-Universität Bochum machte in seinem Referat deutlich, dass die 1950er und frühen 1960er Jahre einen Höhepunkt in der Entwicklung des europäischen Rechtsextremismus darstellten. Zu dieser Zeit war die Europa-Orientierung der rechtsextremen Parteien am stärksten. Es wurde eine Reihe transnationaler Organisationen gegründet, die jedoch meist kurzlebig waren. In der nächsten Phase – bis Ende der 1970er Jahre – konnten die Rechtsextremen keinen wesentlichen Einfluss gewinnen und konzentrierten sich auf nationalbezogene Themen. Mit den Direktwahlen zum Europäischen Parlament wurden neue Kooperationsstrukturen der extremen Rechten gebildet. Sie beschränkten sich allerdings auf „technische Fraktionen“ und zeichnen sich durch Unverbindlichkeit und das Fehlen eines inhaltlichen Konsenses aus.

Die europäische Parteienkooperation und die europäischen Parteien nach Maastricht

Wie die weitere Entwicklung der Parteienkooperation verlief und welche Perspektiven für ihre Vertiefung sich abzeichnen, wurde in der abschließenden vierten Sektion der Tagung, moderiert von Ulrich von Alemann, Professor für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, diskutiert. Die Sektion wurde von der Fragestellung geleitet, ob die Parteien auf europäischer Ebene angesichts ihrer Heterogenität, begrenzten Kompetenzen und des unterschiedlichen Interaktionsgrads überhaupt als Parteien aufzufassen und zu beschreiben sind. Die Heterogenität zeigt sich besonders deutlich an der Europäischen Volkspartei. Siebo M. H. Janssen vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn skizzierte Trenn- und Konfliktlinien in der EVP zwischen den christdemokratischen und den konservativen Parteien, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufnahme der britischen Konservativen und der Forza Italia in die EP-Fraktion (seit 1999: Fraktion der Europäischen Volkspartei [Christdemokraten] und europäischer Demokraten). Die Verschiebung der politischen Gewichte innerhalb der Christdemokratie und das Zurücktreten

der christlich-sozialen Komponente können aus seiner Sicht zur Dominanz des Konservatismus innerhalb der EVP und zu ihrer Entwicklung in Richtung einer europaskeptischen Partei führen. In der Diskussion wurde dieses Szenario allerdings vor dem Hintergrund der Mannigfaltigkeit der Christdemokratie selbst, die es erfordert, eher von den christlichen Demokratien im Plural zu sprechen, als problematisch angesehen.

Im Falle der Sozialdemokratischen Partei Europas lag der Schwerpunkt der Analyse auf ihrer Rolle als Legitimationsvermittler für die EU. Claudia Ehmke von der Universität zu Köln untersuchte anhand von Funktionen, die Parteien in einem politischen System erfüllen, inwieweit die SPE diese Rolle spielen kann. Die SPE erfüllt zwar ihre Repräsentationsfunktion und nimmt Einfluss auf die Systemgestaltung, verfügt aber nicht über ausreichende Kontakte zu den Unionsbürgern und hat nur beschränkte Möglichkeiten der Elitenrekrutierung. Deswegen ist sie, so das Fazit von Ehmke, nicht in der Lage, Legitimationsvermittlung für das politische System der EU zu gewährleisten.

Interaktionsformen und Interaktionsgrad der Europäischen Grünen Partei standen im Mittelpunkt des Referats von Yvonne Nasshoven von der Universität zu Köln. Der Interaktionsgrad der europäischen Grünen erweist sich, insbesondere im Bereich der grenzüberschreitenden Kommunikation zwischen Parteimitgliedern und der transnationalen Substrukturen, als fortgeschritten. In diesem Bereich erreichte die grüne Parteienzusammenarbeit die Integrationsstufe. Zugleich bleibt sie im Hinblick auf permanente grenzüberschreitende Organisation, Individualmitgliedschaft, Repräsentationsprinzip, Konfliktregulierung und Verteilung von Kompetenzen auf der Kooperationsstufe. Den supranationalen Zügen, die die Grünen etwa jüngst in gemeinsamen Wahlkämpfen und Aktionen erreichten, stehen jedoch national orientierte Personalrekrutierung, organisatorische Verfestigungen und nationale Akzente in der Programmatik entgegen.

Abschließend beschäftigte sich Peter Zervakis von der Bertelsmann-Stiftung (Gütersloh) mit der Funktionsausübung europäischer Parteien im Hinblick auf die Formierung eines europäischen Parteiensystems. Dieser Prozess hängt von der Entwicklung der vertraglichen Grundlage der EU und von den Beziehungen zwischen nationalen Parteien, EP-Fraktionen und Führungen europäischer Parteienzusammenschlüsse ab. Als entgegenwirkende Faktoren erscheinen dabei die Konsensorientierung innerhalb der Parteienföderationen und zwischen den beiden großen Fraktionen des Europäischen Parlaments sowie die quer durch europäische Parteien verlaufenden nationalen Trennlinien. Dagegen haben die Parteienartikel der europäischen Verträge – vor allem die Sicherung der von den Fraktionen unabhängigen Finanzierung der Europaparteien – und die Bemühungen der Parteien auf europäischer Ebene zur Unterstützung von Parteineugründungen in den Beitrittsländern bzw. zur Integration entsprechender Parteien in das europäische politische System die Parteienkooperation in Europa gefördert. Mit zunehmender Politisierung der europäischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse und Öffnung der nationalen Parteien in Richtung Europa wird der Stellenwert der Europaparteien weiter wachsen.

In den Diskussionen der Sektion wurde deutlich, dass die Fragestellung, ob die europäischen Parteienbünde Parteien im eigentlichen Sinn darstellen, nicht ganz angemessen ist, denn sie hängt von der jeweiligen Sicht auf die Partei oder von Parteidefinitionen ab. Viel-

mehr kommt es darauf an, welche Parteien, mit welchen Merkmalen und Kompetenzen benötigt werden, um das politische System Europas in Richtung mehr Integration und mehr Demokratie voranzutreiben.

Ausblick

Die Bochumer Tagung hat gezeigt, dass noch ein großer Forschungs- und Diskussionsbedarf im Hinblick auf die Probleme der transnationalen Parteienkooperation in Europa besteht, denn es gibt nur wenige Anknüpfungspunkte in der wissenschaftlichen Literatur und kaum systematische, vergleichende Untersuchungen. Analyse und Lösung dieser Probleme erfordern eine interdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die Einbeziehung der Politik und Öffentlichkeit. Die Tagung, die den derzeitigen Stand der Diskussion widerspiegelte, synchrone und diachrone Sichtweisen verknüpfte und einen breiteren Dialog anbahnte, erscheint als ein erster Schritt in diese Richtung. Zugleich wurden dabei etliche, u. a. theoretische Lücken erkennbar, so etwa im Hinblick auf die Parteidefinition oder Erklärungsmuster und Modelle föderativer Parteien. Die Theoriebildung zu transnationaler Parteienkooperation steckt noch in den Anfängen und muss vorangetrieben werden. Bei der Untersuchung verschiedener Aspekte von Parteienkooperation kann Deutschland zwar als Ausgangspunkt dienen. Dies führt aber unter Umständen zu einer Verengung der Perspektive. Wird der Blick auf andere Länder bzw. Regionen, z. B. Skandinavien oder die Benelux-Staaten, gerichtet, treten andere Facetten der politischen Traditionen hervor, die für den gesamten Problemkomplex relevant sind.

Viele Themenaspekte, wie etwa das Parteien- und Europarecht, der europäische Liberalismus und die europäischen Linksparteien, des Weiteren unterschiedliche theoretische Zugänge und Ansätze, wurden auf der Tagung entweder nur am Rande behandelt oder ausgeklammert. Es ist geplant, sie bei der Veröffentlichung der Tagungsergebnisse zu berücksichtigen. Diese Publikation dürfte einen Beitrag sowohl zur Integrations- als auch zur Parteienforschung aus historischer und politikwissenschaftlicher Perspektive leisten und weitere Forschungen und Diskussionen anregen.